



Pressemitteilung

11/ 2018

21.08.2018

Pakt gegen die Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst geschlossen

„Wir müssen alles Erdenkliche tun, um der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes Hessens zu begegnen“ begründete Heini Schmitt, hessischer Landesbundsvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion am Dienstag in Wiesbaden eine Aktion des dbb Hessen.

Auf Betreiben des dbb Hessen schlossen die Sprecher*innen der fünf Landtagsfraktionen im Beisein von Staatsminister Beuth mit dem dbb Hessen einen „*Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst*“.

Darin versichern die Unterzeichner, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun werden, um die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bestmöglich vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen.

Der dbb Hessen hatte sich im Februar in Frankfurt auf einem viel beachteten Symposium mit dem Phänomen der Gewalt gegen Beschäftigte der staatlichen und kommunalen Verwaltung beschäftigt. Dabei hatte sich gezeigt, dass diese gesellschaftliche Fehlentwicklung dringend zum Handeln zwingt. Heini Schmitt sagte weiter: „Wie sich jeder Einzelne der Unterzeichner künftig zu unseren Einzelforderungen positioniert, wird sich zeigen. Für den dbb Hessen ist es aber von zentraler Bedeutung, dass die Politik des Landes zusagt, sich bestmöglich dieses Problems insgesamt anzunehmen.“

V.i.S.d.P.:

Thomas Müller
Stellv. Landesvorsitzender dbb Hessen
Pressesprecher
presse@dbbhessen.de

Tel. 0170 7335511 (NEU ab 27.03.2018)

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse

dbb
Hessen
Presse